



Von der Oktoberrevolution zum Stalinismus

Die ursprüngliche sozialistische Akkumulation

Hannes Giessler Furlan

Zitation: Giessler Furlan, Hannes (2017): Von der Oktoberrevolution zum Stalinismus. Die ursprüngliche sozialistische Akkumulation, in: Kritiknetz - Zeitschrift für Kritische Theorie der Gesellschaft

© 2017 bei www.kritiknetz.de, Hrsg. Heinz Gess, ISSN 1866-4105

Das Kommando über die Arbeiter, die erweiterte Reproduktion bzw. Akkumulation der Produktionsmittel, die Persistenz der Waren- und Geldform und das eine oder andere Zitat von Lenin nehmen sozialistische oder kommunistische Linke als Anhaltspunkte, um den Realsozialismus als Staatskapitalismus zu bezeichnen (siehe Cliff 1955 u. Luerr 2013: 110-141). Doch der Verdacht liegt nahe, dass diese sozialistischen Linken den Realsozialismus als »Staatskapitalismus« definieren, um ihn als Altlast schnell entsorgen und damit anbei ihr bewährtes Feindbild Kapitalismus anreichern zu können, statt sich darüber Gedanken machen zu müssen, inwieweit das Übel aus der Idee des Kommunismus rührte. Denn Einiges spricht gegen die Bezeichnung »Staatskapitalismus«. Zumal in den grauenhaftesten Stadien des Realsozialismus gab es keine kapitalistische Produktionsweise; die Produktionsmittel konnten nicht als Waren gekauft werden, sie waren kein Privateigentum, die Betriebe konnten nicht frei agieren und um Anteile an der allgemeinen Profitrate konkurrieren, ein freier Arbeitsmarkt wurde unterbunden. »Der Begriff des »Staatskapitalismus« erträgt überhaupt keine ökonomische Analyse. Sobald der Staat zum alleinigen Besitzer aller Produktionsmittel wird, macht er das Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft unmöglich, beseitigt den Mechanismus selbst, der den ökonomischen Kreislauf in Bewegung bringt.« (Hilferding 1940: 291; ähnlich Trotzki 1936: 245-255)

Ähnlich wie einige sozialistische Linke den Staatssozialismus als Staatskapitalismus bezeichnen, interpretieren sie die ursprüngliche sozialistische Akkumulation als nachgeholte und beschleunigte ursprüngliche kapitalistische Akkumulation (siehe Cliff 1955, bes. 1. u. 3. Kap., sowie Kurz 1987). Zwar gibt es auch dafür Anhaltspunkte. Doch bleibt in dieser Interpretation die *differentia specifica* der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation unterbelichtet: die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Und diese Abschaffung ist nicht zuletzt das wesentliche Ziel der kommunistischen Revolution. Zwar fand sie in der ursprünglichen Akkumulation des Realsozialismus nur als Verstaatlichung statt und nicht, wie gewünscht, als Vergesellschaftung. Aber angesichts der ursprünglichen Akkumulation, im Folgenden am Beispiel der Sowjetunion dargestellt, zeigt sich auch,

wie utopisch Vergesellschaftung ohne Staatsgewalt gedacht ist. Die Produzenten der Sowjetunion jedenfalls ließen sich nicht einfach vergesellschaften, besonders die zig Millionen Bauern wollten sich nicht einspannen lassen, ihre Produktions- und Subsistenzmittel nicht hergeben, ihre Arbeitskraft nicht in den Dienst der Gesellschaft stellen. Die Sowjetmacht sah sich herausgefordert und verkam zur totalitären Staatsmacht.

Die Ausgangssituation nach der Oktoberrevolution

Eigentlich, der klassischen Lehre zufolge, war das Kapital dafür verantwortlich, die Industrie als Voraussetzung des Kommunismus zu schaffen. »Die Entwicklung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit ist die historische Aufgabe und Berechtigung des Kapitals. Eben damit schafft es unbewußt die materiellen Bedingungen einer höhern Produktionsform.« (Marx 1894: 269) Der Kommunismus sollte sich ins gemachte Nest setzen: in das der Industrie. Doch in diesem fand er sich 1917 nicht wieder. Die Bolschewiki waren in der Oktoberrevolution nur politisch siegreich gewesen. Aber ökonomisch? Wie sollte der Kommunismus ökonomisch das werden, was er sein wollte – unter Voraussetzungen, wie sie das Agrarland Russland bot? Entweder war der sowjetische Kommunismus in dieser Situation dazu verdammt, auf die Revolution in West- und oder Mitteleuropa zu warten und sodann von der Industrie des Westens zu partizipieren, oder dazu angehalten, sich die Industrie als Quelle seines Reichtums auf eigene Faust und Rechnung zu erschaffen. Es lief auf Letzteres hinaus, denn die kommunistischen Aufstände (etwa 1918 in der deutschen Novemberrevolution) und Räterepubliken (1919 in München und Ungarn) in Europa waren zu schwach. So musste der sowjetische Kommunismus notgedrungen selbst, statt des Kapitals, die historische Aufgabe übernehmen, seine eigenen materiellen Bedingungen zu erarbeiten. Und das nicht nur, damit jeder Bürger zu essen und ein warmes Zuhause hat, sondern auch, um sich gegen imperialistische, industriell fortschrittlichen Länder erwehren zu können. »Wir müssen alle unsere Kräfte aufs äußerste anspannen [...] zur wirtschaftlichen Hebung des Landes, ohne die von einer einigermaßen ernsten Steigerung der Wehrkraft keine Rede sein kann.« (Lenin 1918s: 230). »Entweder bringen wir das zuwege, oder wir werden zermalmt.« (Stalin 1931: 30f.)

Wie kann unter nicht kapitalistischen Voraussetzungen für Industrialisierung gesorgt werden? – Das war eine der wichtigsten Fragen, die sich Lenin, Stalin und der ganzen bolschewistischen Partei stellten. Einer der führenden Theoretiker und sogenannten Linken innerhalb der Bolschewiki, E.A. Preobraschenski, hatte dieser Frage 1926 sein Buch *Die Neue Ökonomik* gewidmet. Darin entwickelt er die Theorie von der »ursprünglichen sozialistischen Akkumulation«. Dieser Theorie zufolge müsse die Diktatur des Proletariats die Voraussetzungen der kommunistischen Gesellschaft schaffen, indem sie die Produktionsmittel in ihren Händen akkumuliert und die Industrialisierung auf Kosten der Bauern vorantreibt. Die Diktatur des Proletariats sollte unter sozialistischen Vorzeichen nachholen, wofür in West- und Mitteleuropa die »sogenannte ursprüngliche Akkumulation des Kapitals« verantwortlich gewesen war, als welche Marx den »Verwandlungsprozeß von der feudalen zur kapitalistischen Produktionsweise« (Marx 1872k: 779) bezeichnet hatte. Auf seine Art gelang es dem stalinistischen Regime schließlich, diese Theorie in die Tat umzusetzen.

Wer die sowjetische Wirtschaftspolitik und deren Konsequenzen verstehen und kritisieren will, wird

nicht umhinkommen, auch den Gedanken der Bolschewiki nachzusetzen, auf Wegen, die über Marx führen, hinein in die Analyse und Entstehungsgeschichte von Industrialisierung und kapitalistischer Produktionsweise, über das alte bäuerliche Russland und kommunistische Debatten über die Landwirtschaft und schließlich, zurück, in die junge Sowjetunion. Entsprechend und in Reihenfolge heißen die kommenden Abschnitte: »Industrialisierung«, »Ursprüngliche kapitalistische Akkumulation«, »Die Landwirtschaft im alten Russland«, »Die Landwirtschaft in der kommunistischen Diskussion vor 1917«, »Neue Ökonomische Politik unter Lenin«, »Die Industrialisierungsdebatte« und »Ursprüngliche sozialistische Akkumulation unter Stalin«.

Industrialisierung

Industrialisierung, das ist »erweiterte Reproduktion der Produktionsmittel« oder auch »Reproduktion der Produktionsmittel auf erweiterter Stufenleiter« (vgl. Marx 1885: 351-518). Deren Grundlage ist die »Einfache Reproduktion«, welche überall dort stattfindet, wo die Produktionsmittel (Energie, Maschinenteile, Saatgut usw.) in dem Maße, wie sie verschleißten, neu produziert werden. Bei der »Erweiterten Reproduktion« werden obendrein noch mehr und modernere Produktionsmittel produziert. Ihr Charakteristikum ist die Produktion von Produktionsmitteln oder auch: Produktion der Produktion wegen. Zumeist kommt diese über kurz oder lang, selbst unter kapitalistischen Vorzeichen, rückwirkend auch der Produktion von Lebensmitteln zugute. Die führenden Industrienationen hatten es bewiesen, als dort immer mehr Arbeitskräfte vom primären (Landwirtschaft) in den sekundären Sektor (Industrie) wanderten und bald, durch den Einsatz von industriell hergestellten Produktionsmitteln, die Produktivität im primären Sektor stieg – mit dem Nebeneffekt, dass die Zahl der Hungerkatastrophen im Vergleich zum Mittelalter deutlich abnahm (vgl. Bairoch 1973: 300). Schließlich waren in England Mitte des 19. Jahrhunderts nur noch ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung im primären Sektor beschäftigt, ein weiteres Drittel schon im sekundären Sektor und das restliche Drittel im tertiären Sektor (Dienstleistung). In Russland hingegen waren Anfang des 20. Jahrhunderts noch 75 Prozent der arbeitenden Bevölkerung im primären Sektor tätig und nur zehn Prozent im sekundären Sektor.

Mal angenommen nun, es gäbe die kommunistische Gesellschaft und diese würde auf dem technischen Niveau von Sowjetrußland 1917 agieren, hieße das, dass der Großteil des gesamtgesellschaftlichen Arbeitstages für die Produktion von Lebensmitteln und nur ein kleiner Teil der der Arbeitszeit für die Produktion von Produktionsmitteln verausgabt würde. Anders gesagt: Ein Großteil des Gesamtprodukts bestünde aus Konsumgütern. Und nur ein kleiner Teil des Gesamtprodukts käme der Produktion zugute bzw. könnte, um mit Marx und James Mill zu reden, produktiv konsumiert werden. Befände sich die kommunistische Gesellschaft hingegen auf dem industriellen Niveau Englands Mitte des 19. Jahrhunderts, hieße das, dass ein wesentlich kleinerer Anteil aus Konsumgütern bestünde, und dass ein größerer Teil des Produkts wieder in die Produktion zurückflösse. Welche kommunistische Gesellschaft hätte Marx gewählt? Marx hätte die englische Variante gewählt, wiewohl und weil darin ein größerer Teil der Produktion für die Produktion ist. Denn deren Produkt, also die Masse an Produktionsmitteln, macht möglich, in weniger Zeit mehr Lebensmittel produzieren zu können.

Dass es die englische Gesellschaft im 19. Jahrhundert soweit gebracht hatte, mithilfe von Produktionsmitteln schneller Lebensmittel produzieren zu können, lag daran, dass sie Mehrprodukt akkumuliert hatte – und das weniger in Gestalt von Luxusgütern als in der von Produktionsmitteln. Sie akkumulierte auf erweiterter Stufenleiter. Als ungerecht bezeichnete Marx diese Akkumulation, weil die Arbeiter nicht mitentscheiden können über Verwendung und Sinn des Mehrprodukts und den Zweck ihrer Arbeit. Mehrprodukt (i.e. das Produkt von Mehrarbeit) an sich verurteilt er nicht: »Mehrarbeit überhaupt, als Arbeit über das Maß der gegebenen Bedürfnisse hinaus, muß immer bleiben. [...] Ein bestimmtes Quantum Mehrarbeit ist erheischt durch die Assekuranz gegen Zufälle, durch die notwendige, der Entwicklung der Bedürfnisse und dem Fortschritt der Bevölkerung entsprechende, progressive Ausdehnung des Reproduktionsprozesses, was vom kapitalistischen Standpunkt aus Akkumulation heißt. Es ist eine der zivilisatorischen Seiten des Kapitals, daß es diese Mehrarbeit in einer Weise und unter Bedingungen erzwingt, die der Entwicklung der Produktivkräfte, der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Schöpfung der Elemente für eine höhere Neubildung vorteilhafter sind als unter den frühern Formen der Sklaverei, Leibeigenschaft usw.« (Marx 1894: 827) Die Konkurrenz der Kapitalisten untereinander ist der Motor der permanenten Revolutionierung der Produktionsmittel in der kapitalistischen Epoche: von der Manufaktur zur Fabrik, vom Webstuhl zum Fließband, von der Wassermühle zum Atomkraftwerk. Diese ständige Revolutionierung erfasst auch die Produktion von Lebensmitteln: vom Dreschflügel zum Mähdrescher, von Hybriden zum Genmais, vom Stall zur Massentierhaltung. Mal abgesehen davon, wie sittlich solcherart Fortschritt in der Produktion ist, die Steigerung der produzierten Kalorienzahl ist beachtlich. Ohne dass die Kapitalisten, die in erster Linie profitabel wirtschaften wollen, das bezwecken, verkürzen sie in der Summe ihres Tuns die notwendige Arbeitszeit der gesamten Gesellschaft. Ein immer kleinerer Teil der gesamtgesellschaftlichen Arbeitszeit reicht aus, um die nötigen Lebensmittel herzustellen. In den Kategorien des Kapitals heißt das: Die gesellschaftliche, »allgemeine Rate des Mehrwerts« (Marx 1872k: 338) steigt. Allerdings hat die Arbeiterklasse am Ende nichts oder kaum was von dieser Verkürzung der notwendigen Arbeitszeit. »Die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, innerhalb der kapitalistischen Produktion, bezweckt, den Teil des Arbeitstags, den der Arbeiter für sich selbst arbeiten muß, zu verkürzen, um grade dadurch den andren Teil des Arbeitstags, den er für den Kapitalisten umsonst arbeiten kann, zu verlängern.« (Marx 1872k: 340) In einer kommunistischen Gesellschaft, so die Idee, gäbe es keinen zwingenden Grund mehr, all jene Zeit, um die die notwendige Arbeitszeit verkürzt wird, in Surplusarbeitszeit und Mehrprodukt zu verwandeln. Ein Teil könnte auch in Freizeit verwandelt werden.

Ursprüngliche kapitalistische Akkumulation

Der Fortschritt der Produktivkräfte hatte zumeist, auch in Russland, zur Geschichte der Menschheit dazugehört. Aber das Tempo hatte sich ab dem 18. Jahrhundert in weiten Teilen Europas und Nordamerikas plötzlich gesteigert. Vom Feuer bis zum Rad hatte es mehr als eine halbe Million Jahre gedauert, vom Rad bis zur Dampfmaschine (1712) nochmals Jahrtausende, bis plötzlich eine Erfindung die nächste jagte: mechanischer Webstuhl (1745), Spinnmaschine (1769), Drehbank (1800), Dampfschiff (1800), Lokomotive (1814), Elektromotor (1834), Telefon (1861) und so fort bis zu den

Erfindungen von heute. Die Einwohnerzahl Manchesters, der Stadt, die zum Sinnbild der Industrialisierung wurde, wuchs zwischen 1760 und 1830 von 18.000 auf 180.000. In ganz England stieg zwischen 1800 und 1850, während sich die Bevölkerungszahl überhaupt vergrößerte, der Anteil der Stadtbevölkerung von dreißig auf fünfzig Prozent. Vor der Industrialisierung hatten fast nirgends in Europa mehr als zwanzig Prozent des Volkes in Städten gelebt. Mehr ging einfach nicht: Das landwirtschaftliche Mehrprodukt betrug nur zwischen zwanzig und dreißig Prozent. Die Industrialisierung aber erforderte, dass die Landwirtschaft die zusätzliche Zahl an Industriearbeitern ernährte und die Industrie mit Rohstoffen wie Schafwolle, Holz oder Raps versorgte. Kurzum: Wachstum der Industrie setzt die Steigerung des landwirtschaftlichen Produkts voraus.

In den Jahrhunderten zwischen dem Ende des Römischen Reichs und 1600 hatte es nur zögerliche Entwicklungen der Agrartechnik und -methoden gegeben. Dann kam es zur größten Agrarrevolution seit der neolithischen. Begonnen hatte sie im 16. Jahrhundert in den Niederlanden und Flandern, nochmals Schwung bekam sie ab ca. 1700 in England. Dort verdoppelte sich innerhalb des 18. Jahrhunderts das landwirtschaftliche Mehrprodukt. In der Folge ergriff diese Revolution große Teile Kontinentaleuropas und der USA, wobei Letztere im 19. Jahrhundert zu ihrem neuen Zentrum wurden. Die agrarrevolutionären Fortschritte waren, kurz zusammengefasst (nach P. Bairoch 1973): 1. Vergrößerung der Anbaufläche durch Eindeichung, Melioration und Drainage. 2. Ablösung der Zweifelderwirtschaft und Dreifelderwirtschaft durch Mehrfelderwirtschaft und schließlich mehrjährigen Fruchtwechsel (ohne dass überhaupt noch Felder brach lagen). 3. Verbreitung agrarwissenschaftlicher Fachliteratur durch Buchdruck. 4. Systematische Düngung und Verwendung chemischer Dünger. 5. Verbreitung neuer Nahrungs- und Futtermittelpflanzen: Rüben, Klee, Raps, Hopfen, Buchweizen, Mais, Karotten, Kohl und vor allem die Kartoffel. 6. Kreuzung, Verbesserung und Reinigung von Saatgut. 7. Bessere Ernährung und Züchtung von Hilfstieren. Das geschwinde Pferd trat, als Zugtier, anstelle des trägen Ochsen. Der Hufbeschlag setzte sich durch. 8. Landwirtschaftliche Geräte wurden verbessert. Anstelle von Holz- gab es nun allerorten Eisenpflüge, die Sense verdrängte die Sichel. Dresch- und Mähmaschinen kamen zum Einsatz. Anfang des 20. Jh. wurden in den USA erste Mähdrescher eingesetzt.

Dass die Produktivkraftsteigerung in den frühkapitalistischen Ländern auf die Landwirtschaft übergreifen konnte, setzte auch auf dem Land entsprechende Verhältnisse voraus. Es musste auf dem Land kapitalistische wirtschaftende Unternehmen geben, die in Produktionsmittel investieren, um mehr Mehrprodukt zu produzieren, das sie verkaufen, um den Mehrwert in Produktionsmittel zu investieren usf. In vorkapitalistischen Gesellschaften gab es aber erst mal keinen zwingenden Grund für solche Betriebsamkeit: Der Adel lebte ganz gut von den Abgaben der Bauern, seinem Stand und seinem Einfluss in der Gesellschaft; die Bauern ernährten den Adel, wurden leidlich satt und hatten fast keine Möglichkeit, geschäftstüchtig zu werden. Damit sich eine gewisse Betriebsamkeit auf dem Land entwickelte, musste dort die Grundordnung des Feudalismus kapitalistischen Verhältnissen weichen. Dieser Umwandlungsprozess war wesentlich für die »sogenannte ursprüngliche Akkumulation des Kapitals«.

Zu jeder Akkumulation gehören Akkumulate. Im Falle der sogenannten ursprünglichen Akkumulation des Kapitals waren das neben den Edelmetallen aus Amerika besonders die Arbeitskraft und die Produktionsmittel, allen voran der Boden. In der Feudalverfassung war dieser kein eindeutiges Eigentum. Er gehörte einerseits dem Grundherrschaft, andererseits den darauf lebenden Hintersassen.

Genauerer war durch Gewohnheitsrechte, Machtverhältnisse und gegenseitige Abhängigkeit geregelt. Als das Gewerbe in Europa sodann nach Wolle lechzte, bot sich den Grundherren oder Pächtern eine neue Möglichkeit von Einkünften: nicht mehr durch Lebensmittel, die die Bauern für sie erwirtschafteten, sondern durch Wolle von Schafen, für die der Grundbesitz in prächtige Weideflächen umgewandelt werden konnte. Dazu mussten die Gewohnheitsrechte der Bauern an dem Boden hinfällig und dieser zu unzweideutigem Eigentum werden. Dazu bei trug die Kommerzialisierung. Die päpstliche Kirche hatte schon im 14. Jahrhundert, während ihrer Zeit in Avignon, damit begonnen, Kirchenämter und damit auch Abteien und Bischofssitze zu verkaufen bzw. zu versteigern. Die Käufer traten ihr Amt oft verschuldet an und mussten zusehen, wie sie aus dem Minus herauskamen und mit dem Boden wieder Plus erwirtschafteten: »Die Münze hatte buchstäblich den Grund der Gesellschaft erreicht.« (Türcke 2015: 183) Regenten taten es der Kirche gleich. Der englische König Heinrich VIII. beispielsweise ließ, um den Krieg gegen Frankreich zu finanzieren, zu Beginn des 16. Jahrhunderts viel Land, das die Krone im Zuge der Reformation erlangt hatte, verkaufen. Die Hintersassen waren die Leidtragenden. Sie wurden vertrieben, die Äcker, Wiesen und Farmen von Eigentümern eingehengt (»hedging«, »enclosures«) und zusammengelegt (»engrossing«). Begonnen hatte diese Praxis in England schon im 15. Jahrhundert, bahnbrechend wurde sie dann später: »Die umfänglichen Einhegungen, die der Agrarrevolution vorausgingen, fanden erst im 18. Jahrhundert statt.« (Dülmen 1982: 46) Die Gerichte schlugen sich zunehmend auf die Seite der Grundherren und Pächter. In Frankreich versuchten französische Regierungsbeamte in der Mitte des 18. Jh. einen ähnlichen Privatisierungsprozess zu fördern. »Sie befürworteten insbesondere die Auflösung von Allmenden, die Erweiterung der privaten Verfügungsgewalt über Landbesitz und die Aufhebung der Exportverbote für Weizen.« (Gerstenberger 1990: 359) Kurze Zeit später verhalf zwar die Französische Revolution den Kleinbauern zu mehr Macht, aber langfristig half auch sie, den Boden zu privatisieren und die Landwirtschaft zu kapitalisieren, etwa indem die Nationalversammlung im Zuge der Revolution und Verschuldung des Staates beschloss, Kirchenländereien zu verkaufen.

Nun »fragt sich« noch, »wo kommen die Kapitalisten ursprünglich her« (Marx 1872k: 770) bzw. die ersten Akkumulatoren im Prozess der sogenannten ursprünglichen Akkumulation. Handelskapitalisten bzw. Kaufleute hatte es schon ewig gegeben. Ebenso lange hatten sie wenig Einfluss auf die Produktionsweisen gehabt und ihren Profit nicht aus der Beschäftigung und Ausbeutung von Arbeitern, sondern aus den unterschiedlichen Güterangeboten in den Gemeinwesen gezogen. Sie hatten sogenannten »profit of alienation« (Marx 1894: 342) gemacht, indem sie dort, wo es daran nicht mangelte, bestimmte Waren (Gewürze, Tulpen, Sklaven u.a.) billig aufkauften und diese andernorts, wo man danach lechzte, teurer weiterverkauften. Sie tangierten die Produktion, ohne in sie einzugreifen. Kapitalistisch wurde die Produktionsweise erst, als nicht mehr nur Überschüsse zum Verkauf standen, sondern die Produktion auf den Verkauf ausgerichtet wurde. Der Markt blieb dann nicht länger Abfluss der Produktion, um deren Überfluss aufzufangen und zu verwerten, sondern wurde mehr und mehr zum Ziel der gesellschaftlichen Produktion. Bei diesem Prozess der Subsumtion der Produktion unter das Kapital hat der eine oder andere Handelskapitalist eifrig mitgewirkt, indem er sein Handelskapital in produktives Kapital transponierte, auch in der Landwirtschaft. Aber solche Kapitalisten, die sich Produktionsmittel zulegten, Arbeitskräfte einstellten und für den Markt produzierten, rekrutierten sich auch aus anderen Milieus. Teils handelte es sich um alte Grundherren, die sich, von Abstiegsängsten getrieben, nicht mehr auf ihrem Adel ausruhen, sondern sich ihren

Grund und Boden auf neue Weise zunutze machen wollten und sich so zu Agrarkapitalisten wandelten. Mitunter handelte es sich bei den ersten Agrarkapitalisten auch um Stadtbürger, die Ländereien kauften oder pachteten, die Geschäftigkeit der Stadt aufs Land übertrugen und die angestammten Bauern vertrieben. Gar nicht so selten (meint Bairoch 1973: 327) waren es aber auch Bauern selbst, die sich gegen ihresgleichen durchsetzen, Land pachteten, ihre Nachbarn bei sich einstellten, gar eine Fabrik oder ein Bergwerk errichteten und Getreide, Schafwolle, Tuch oder Kohle für den Markt produzierten. Aus welchem Milieu sie auch kamen, Marx nennt all diese Kapitalisten, die ihren Reichtum in die Produktion investieren (auch in die landwirtschaftliche), im Gegensatz zu den Handelskapitalisten, die nur in der Sphäre der Zirkulation wirtschaften, industrielle Kapitalisten. Es ist ihr Kapital, dessen Eigenlogik zum allgemeinen Zwang der kapitalistischen Produktionsweise geworden ist: Investition von Gewinnen in den Produktionsprozess, um konkurrenzfähig zu bleiben (vgl. Marx 1885: 61).

Während sich der Boden und auch andere landwirtschaftliche Produktionsmittel im Prozess der sogenannten ursprünglichen Akkumulation in den Händen der Kapitalisten anhäuften, gingen sie den Kleinbauern verloren. Diese wurden so zu doppelt freien Lohnarbeitern: frei von Produktionsmitteln und, da nicht weiter leibeigen oder an die Scholle gefesselt, so frei, ihre Arbeitskraft verkaufen zu können. So bildete sich das grundlegende Verhältnis der kapitalistischen Produktionsweise heraus: das Klassenverhältnis. Auf der einen Seite befinden sich darin die Kapitalisten, die über die Mittel zur Produktion verfügen, nämlich Produktionsmittel, und auf der anderen Seite die Proletarier, die produktionsmittellos und deswegen sachlich abhängig von den Kapitalisten sind. Zwar hatte es das Klassenverhältnis bereits vorher hie und da gegeben, etwa in den oberitalienischen Städten des 13. und 14. Jahrhunderts. In England jedoch machten es die historischen Umstände, dass dieses Verhältnis sich verallgemeinern, die darauf basierende kapitalistische Produktionsweise ihre Durchschlagskraft entwickeln und zum Gravitationszentrum der gesamten gesellschaftlichen Produktion werden konnte. Von England aus eroberte diese Produktionsweise Europa und Amerika.

Russland lag in diesem Entwicklungsprozess zu Beginn des 20. Jahrhunderts weit zurück: Der landwirtschaftliche Überschuss war in Russland noch so gering wie einst im mittelalterlichen Europa; es standen den russischen Bauern keine Maschinen, chemischen Dünger, Stromanschlüsse u. dgl. zur Verfügung, weswegen sie pro Kopf vier Mal weniger Kalorien produzierten als ihre amerikanische Berufs- und Zeitgenossen; entsprechend litt die russische Bevölkerung (auch die Armee) wesentlich häufiger unter Hungerkatastrophen und Epidemien als die Bevölkerung in den fortschrittlichen, kapitalistischen Ländern.

Die Landwirtschaft im alten Russland

Vom 17. bis tief ins 19. Jahrhundert hinein lebten die Bauern in Russland auf dem Grundbesitz des Adels, der Kirche, des Hofes oder des Staates. Sie mussten Abgaben leisten, eine bestimmte Anzahl ihrer Söhne zum Militärdienst schicken und sich ihrem Schicksal fügen, wenn sie vom Grundbesitzer verkauft oder umgesiedelt wurden. Egal auf wessen Boden, die Bauern lebten traditionell in sechs- bis zehnköpfigen Familienhaushalten, die wiederum zu Dorfgemeinden (Obschtschina) zusammengefasst waren. In diesen Obschtschinas verteilten die Bauern untereinander das Land (daher wird die

»Obschtschina« in der deutschen Forschungsliteratur auch als »Umverteilungsgemeinde« geführt), welches ihnen vom Grundherren zugemessen worden war. Ein Teil des Landes definierten sie als allen zur Verfügung stehende Weide, den Rest verteilten sie periodisch untereinander, wobei Qualität und Lage der Böden, Zahl und Alter der Familienmitglieder, aber auch Hackordnung und Faustrecht maßgebend waren. Ferner waren die Obschtschinas dafür verantwortlich, Abgaben oder Steuern einzutreiben und Mitglieder zum Militärdienst abzustellen. Kam eine Obschtschina dieser Pflicht nicht nach, haftete sie kollektiv. Es lag daher in ihrem Interesse, die Forderungen der Obrigkeit intern durchzusetzen. Säumige Mitglieder wurden von der Dorfgemeinschaft gemeinhin mit Prügel, Landwegnahme oder Zwangsarbeit bestraft. Somit hatte die Obschtschina zwei Seiten: Einerseits diente sie der Selbstverwaltung der Bauern, andererseits als Erfüllungsgehilfe der Feudalordnung.

Über den Bauern standen in der feudalen Ordnung die Adligen. Auch diese waren im alten Russland oft arme Wichte. Sie mussten eine bestimmte Lebenszeit dem zaristischen Staat dienen und durften Russland bis auf Ausnahmen nicht mal für Reisen verlassen; sie waren Beamte, mit denen der Staat das große Land verwaltete und das Militär führte. Es gab eine Menge Adlige, die kein Land besaßen, d.h. nur Dienstadel waren, und in ziemlich ärmlichen Verhältnissen lebten. Dem Grundadel ging es teils besser, aber auch er war unfrei, aufgrund von Gesetzen und weil er nicht selten in der ökonomischen Schuld des Staates stand. Mit der Zeit setzte sich im Zarenhaus die Erkenntnis durch, dass Russland den anderen europäischen Großmächten nicht mehr lange standhalten könne, wenn es nicht an ökonomischer Produktivkraft zulegen würde. Schon Peter der Große (1672-1725) und Katharina II. (1729-1796) hatten versucht, Russland zu modernisieren, aber nur sehr halbherzig, schließlich wollten sie die Ordnung, an deren Spitze sie standen, nicht gefährden. Nachdem dann der Krimkrieg (1853-56) Russlands Mangel an Wirtschafts- und Wehrkraft verdeutlicht und in der Mitte des 19. Jahrhunderts Bauernaufstände das Land heimgesucht hatten, versuchte das Zarenhaus in den 1860er Jahren nochmals, Russland auf die Sprünge zu helfen. Die Russische Reichsbank wurde gegründet und das Eisenbahnnetz enorm ausgebaut und weitere Reformen zum Zwecke der Förderung der Landwirtschaft auf den Weg gebracht, solche, die ganz unten bei den Bauern ansetzten. Leibeigenschaft und Schollenbindung wurden aufgehoben, die Bauern rechtlich Bürger. Außerdem wurden sie vom Staat mit Krediten darin unterstützt, sich eigenes Land zuzulegen. Die Rückzahlung der Kredite sollte über die Obschtschinas durchgesetzt werden. Diese bekamen das Recht, über das Land mitzubestimmen, solange der Bauer seinen Kredit noch nicht abgezahlt hatte, und musste im Gegenzug kollektiv haften, sollte der schuldige Bauer mit der Rückzahlung in Verzug sein. Die Reformen brachten nicht den gewünschten Erfolg, was auch an den Obschtschinas lag. Diese beanspruchten das Land für ihre Zwecke nach althergebrachten Regeln. Melioration und Ökonomisierung des Bodens fanden nicht statt, weil die Obschtschina an der Tradition der periodischen Umverteilung des Landes festhielt. Die Bauern bekamen Parzellen zugeordnet, oft mehrere kleine, die nicht zusammenhingen und nach den Regeln der Dreifelderwirtschaft bestellt werden mussten. Für sie gab es damit keinen Grund, sich sonderlich anzustrengen und den Boden zu meliorieren, schließlich wurden die Parzellen alle neun Jahre (so der Turnus der Dreifelderwirtschaft) neu verteilt. Flure konnten kaum bereinigt werden, Maschinen nicht gewinnbringend eingesetzt werden, Unternehmen nicht florieren. Ferner konnten die Bauern ihren Obschtschinas auch nicht fliehen, denn diese prolongierten, aus Tradition und zwecks Selbsterhaltung, die Schollenbindung in Gestalt von Gemeindebindung; sie konnten nicht weg, weder gen Osten, an dessen Besiedlung und

Aufwertung dem Zarenregime gelegen war, noch als Arbeitsmigranten in die Städte. Damit machten es die Dorfgemeinden nicht nur den Bauern schwer, sondern auch denjenigen Großgrundbesitzern, die ihre Ländereien gerne ohne die ansässigen Bauern verpachtet oder genutzt hätten, sowie potenziellen Käufern des Landes.

Einen nächsten Anlauf, Russland zu modernisieren, unternahm das Zarenhaus mit Aufbau und Subventionierung von Großindustrie und Verkehrsnetz sowie den Stolypinschen Reformen zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Diese Agrarreformen richteten sich nun gegen die Macht der Obschtschinas, auf die sich die Reformen der 1860er Jahre noch gestützt hatten. Staatliche Kredite wurden jetzt besonders Bauern und Genossenschaften gewährt, die aus der Dorfgemeinschaft ausscheren oder Flure bereinigten. Umzugswillige Bauern bekamen Land im unbesiedelten Osten geschenkt und Startguthaben zwecks dessen Kultivierung. Überdies wurden die Agrarwissenschaft gefördert und Stipendien vergeben. Jäh endeten die Reformen, als der Erste Weltkrieg begann. Der Zar verordnete Kriegswirtschaft, der Versorgung der Armee wegen. Der Getreidemarkt wurde verboten, die Abgaben der Bauern extrem hochgetrieben, gewaltsam eingetrieben und Millionen Bauernsöhne in die Armee eingezogen. Der Krieg währte lange und zermürbte die Bauernschaft. Die Bauern revoltierten. Die Bolschewiki erkannten die Gunst des Augenblicks und begannen, den Bauern aus dem Herzen zu sprechen und auch deren Söhnen, aus denen sich das Gros der Zarenarmee rekrutierte: »Friede, Land und Brot!« Die Bolschewiki zeigten sich den Bauern gewogen und verhinderten so den Widerstand, der der Oktoberrevolution aus der traditionalistischen Bauernschaft drohte.

Doch das Land betrachteten sie in Wahrheit nicht als das der Bauern, sondern als das der ganzen Gesellschaft. Und auch das Brot, das die Bauern herstellten, betrachteten die Bolschewiki als das der Gesellschaft. Und sofern die Bauern nicht spurten, war es nach 1917 auch schnell mit dem Frieden vorbei. Der Kreml trommelte zum »Krieg gegen die Kulaken« (Lenin 1918h: 434), im Namen der Diktatur des Proletariats. Deklariert wurde dieser Krieg als einer gegen die Kapitalisten auf dem Land. Tatsächlich aber handelte es sich um einen Krieg gegen jene, die noch eigene Produktionsmittel bzw. Subsistenzmitteln besaßen und damit unabhängig produzieren konnten.

Die Landwirtschaft in der kommunistischen Diskussion vor 1917

Die kommunistischen Klassiker hatten sich gelegentlich mit agrarwirtschaftlichen und -politischen Fragen beschäftigt. Laut Engels werde es im Kommunismus nötig sein, die landwirtschaftliche Produktivität in dem Maße zu steigern, wie Industrie und Bevölkerung wachsen (vgl. Engels 1847: 373). Marx lobte die Rationalisierung der Landwirtschaft durch das Kapital, kritisierte aber, dass dieser Fortschritt auf Kosten der Landbevölkerung stattgefunden habe (vgl. Marx 1894: 631)

Nicht wenige Marxisten zogen den Schluss, jede Landwirtschaft auf der Welt müsste erst den Prozess der Privatisierung durchmachen, um auf ein Niveau zu gelangen, auf dem ihre kommunistische Transformation gelingen könnte. Von solchen »Marxisten« berichtet 1881 auch die russische Kommunistin Vera Sassulitsch in einem Brief an Marx. Sie zweifelt am Marxismus und will von dessen Vorbild persönlich wissen, was mit der traditionellen, russischen Dorfgemeinde in Zukunft und im Kommunismus werden solle. Sollte die Obschtschina wirklich dem Zersetzungswerk des Kapitals ausgesetzt werden? Marx, gesundheitlich schon stark angeschlagen, ringt um Antwort, verfasst vier

Entwürfe, bevor er schließlich nur eine Synopse abschickt. In den Entwürfen taucht jeweils ein nahezu gleichlautender Passus auf: »Das Gemeineigentum an Grund und Boden bietet ihr [der Dorfgemeinde, H.G.F.] die natürliche Basis der kollektiven Aneignung und ihr historisches Milieu, die Gleichzeitigkeit mit der kapitalistischen Produktion, bietet ihr fix und fertig dar die materiellen Bedingungen der in großem Maßstabe organisierten kollektiven Arbeit. Sie kann sich also die von dem kapitalistischen System hervorgebrachten positiven Errungenschaften aneignen, ohne dessen Kaudinisches Joch durchschreiten zu müssen.« (Marx 1881: 405) Ihre archaische Form des Kollektivbesitzes werde es der Dorfgemeinde leicht machen, sich in die kommunistische Produktionsweise zu integrieren, denn die kommunistische Produktionsweise werde eine »Rückkehr der modernen Gesellschaft zu einer höheren Form des archaischsten Typus« darstellen (Marx 1881: 392). Mit anderen Worten, fast so dialektisch wie von Marx: Der Kommunismus wird der russischen Dorfgemeinde auf höherem Niveau entgegenkommen. Wie sich aus den Briefentwürfen überdies herauslesen lässt, bestehe das höhere Niveau neben Wissenschaft und Technik auch darin, die Vielzahl an einzeln und familiär bewirtschafteten Parzellen zu großen und kooperativ bewirtschafteten Feldern zu vereinen.

Marx hatte sich auch in Mittel- und Westeuropa in eine kommunistische Debatte über die Zukunft der Landwirtschaft eingeschaltet, dort aber apodiktischer. Der strittige Punkt der Debatte war: Soll die Landwirtschaft genossenschaftlich organisiert oder ganz und gar vergesellschaftet (nationalisiert) werden? Marx plädierte für die »nationale Zentralisation« des Bodens und überhaupt aller Produktionsmittel und wendet sich gegen die Vergenossenschaftlichung: »Das Land an assoziierte Landarbeiter zu übergeben, würde heißen, die ganze Gesellschaft einer besonderen Klasse von Produzenten auszuliefern.« (Marx 1872n: 62) Zwanzig Jahre später griff der alte Engels das Thema wieder auf, plädiert auch für Nationalisierung, rät aber zu einer Übergangsphase. Die Bauernwirtschaften müssten erst in Genossenschaften eingegliedert werden, um sie von da aus allmählich zu vergesellschaften (vgl. Engels 1894).

Sehr ausführlich und schon im Wissen, was im Kriegskommunismus in der Sowjetunion geschehen war, hat sich 1922 der deutsche Sozialist Karl Kautsky zur Sozialisierung der Landwirtschaft geäußert. Gefährlich für den Sozialismus sei die Bauernschaft nicht wegen ihres Antisozialismus, sondern aufgrund ihrer Behäbigkeit und Produktionsweise. In der Landwirtschaft habe der kapitalistische Großbetrieb den Kleinbetrieb noch nicht richtig verdrängt. Auf Basis von Kleinbetrieben werde es für den Sozialismus unmöglich, nach Plan zu wirtschaften, und schwierig, die Gesellschaft zu ernähren. Der Kleinbetrieb produziere nämlich kaum Überschüsse. Für Deutschland präsentiert Kautsky Zahlen: Der Großbetrieb ernähre durchschnittlich fünf Personen pro Hektar, der Klein- und Mittelbetrieb nur zwei. Kautsky warnt daher vor romantischen Anschauungen der Landwirtschaft: »Wird die Landwirtschaft auf Zwergwirtschaft reduziert, so bedeutet das ein Zurücksinken in die Barbarei.« (Kautsky 1922: 288) Kautsky macht das deutlich: Wenn in Deutschland nur noch landwirtschaftliche Kleinbetriebe existierten, könnten statt 23 nur noch neun Millionen Menschen ernährt werden. Auch für die Bauern bedeute der Kleinbetrieb Barbarei; in Kleinwirtschaften, so die Erfahrung, sei immerzu Arbeit zu erledigen und keine Zeit für Ausruhen und Feiern. Kautskys Ausblick: Die Kleinbetriebe werden mit der sozialistischen Produktion unvereinbar sein. Sie müssen sozialisiert, vereinigt und industrialisiert werden. »Und das wird eine harte Nuß für uns werden.« (Kautsky 1922: 285) Selbst die Enteignung der Großbetriebe werde schwierig werden, da die Arbeiter auf dem Land rückständig und nicht sozialistisch organisiert seien. Noch schwerer würde dann die Sozialisierung der

Kleinbetriebe. Weil in diesen, so führt Kautsky aus, wirtschaftlicher Betrieb und privater Haushalt nicht getrennt seien. Die Kleinbauern hätten gar keine Distanz zu ihren Produktionsmitteln und Produkten; sie produzierten nicht für andere, sondern für sich selbst und könnten sich daher schwerlich mit der Idee anfreunden, ihre Betriebe respektive Haushalte sozialisieren zu lassen. Kautsky fallen zwei Mittel ein, wie die Kleinbetriebe mit der Zeit in größere sozialistische Produktionseinheiten eingegliedert werden könnten. Erstens: Verbesserung der Dorfschulen und Kultureinrichtungen auf dem Land, um wenigstens geistig das Niveau zu schaffen, das der Sozialismus bedürfe. Zweitens: Verstaatlichung des Bodens. Wenn der Boden Staatseigentum wäre, könnten die Pachtverträge so gestaltet werden, dass den Pächtern respektive Bauern früher oder später nichts anders übrigbleibt, als sich den sozialistischen Produktionsverhältnissen einzuordnen (vgl. Kautsky 1922: 300).

Weil ihr Land ein Agrarland war, hatten die russischen Kommunisten schon vor 1917 besonders viel über Fragen der Landwirtschaft nachgedacht und diskutiert. Im April 1906, auf dem vierten Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (SDAPR), dem sogenannten Vereinigungsparteitag von Menschewiki und Bolschewiki, stritten drei Fraktionen. 1. Die Munizipalisten (hauptsächlich Menschewiki): Sobald in Russland die bürgerliche Revolution gesiegt habe (denn mehr würde die nähere Zukunft nicht bringen), müsse Grund und Boden den Grundherren weggenommen und den Obschtschinas zur Verwaltung übergeben werden. 2. Die Aufteiler: Sobald in Russland die bürgerliche Revolution gesiegt habe, müsse Grund und Boden den Grundherren weggenommen und an die Bauern verteilt werden, aber nicht zu den Konditionen der Obschtschinas. Denn diese seien reaktionär. Gefördert werden müsse vielmehr die private Bauernwirtschaft als Vorstufe zur kapitalistischen Wirtschaft und als Bedingung des Klassenkampfes, der dann zum Kommunismus führen werde. 3. Die Nationalisierer (hauptsächlich Bolschewiki): Wenn die bürgerliche Revolution gesiegt habe, müssten Grund und Boden den Grundherren weggenommen und verstaatlicht werden, um erstens den Grund und Boden an die Bauern zu verpachten und zwar so, dass der Boden nach und nach zu den besten Bauern wandert, und um zweitens kommunistische Eigentumsverhältnisse zu präjudizieren. Wenn der Boden schon mal dem Staat gehöre, könne er später im Zuge der kommunistischen Revolution schneller vergesellschaftet werden. Diese Position, die der Nationalisierung und Verpachtung, vertrat Lenin. Dagegen vertrat der junge Stalin die Position der Aufteiler bzw. kleinbürgerlichen Bauern. Seine Rede auf dem Parteitag schloss mit dem Satz: »Kann die Befreiung des Proletariats die Sache des Proletariats selbst sein, so kann auch die Befreiung der Bauern die Sache der Bauern selbst sein.« (Stalin 1906: 123) Später, 1946, im Vorwort zum ersten Band seiner Werke, legt er vor sich und der Öffentlichkeit eine Beichte ab. Damals, als junger Aktionist habe er sich auf dem Holzweg befunden und die Agrarfrage zu wenig studiert. An die Macht gekommen, plädierte er für die »Sozialisierung der gesamten Landwirtschaft« (Stalin 1928e: 10). Dabei gebraucht er das Wort »Sozialisierung« als Euphemismus für das, was geschah; denn die »Sozialisierung« verlief für die meisten Bauern nicht »sozial«. Andererseits steckt in dem Wort auch Wahrheit: Der Sozialismus braucht und will eine soziale Landwirtschaft und damit eine Landbevölkerung, die nicht allein für sich, sondern für die Gesellschaft produziert. »Brot für alle!« ist eine Forderung, die voraussetzt, dass die Landbevölkerung mehr produziert, als sie selbst verbraucht.

Lenin, der dem späteren Stalin zufolge schon in der Debatte von 1906 eine reife Position vertreten habe, hatte seit 1893 zum Thema viele Quellen gewälzt, Statistiken studiert und Texte und Bücher verfasst (abgedruckt in Bd. 1 u. 3 der »Lenin Werke«). Wie kein zweiter unter den Bolschewiki hatte

er sich mit den Verhältnissen der russischen Landwirtschaft und der Frage ihrer zukünftigen Transformation beschäftigt. Inbrünstig setzte er sich in den 1890er Jahren an die Spitze eines Kreuzzuges, den die sogenannten Westler und Fortschrittler in der linken russischen Intelligenz gegen die Volkstümmler (Narodnik), Slavophilen, Munizipalisten, Sozialrevolutionäre, Bakunisten und Tolstoianer führten, die das russische und slawische Landleben romantisierten. Lenin versuchte wider die Romantiker, denen zufolge der Kapitalismus von außen ins Land einbrechen und Volk und Obschtschina bedrohen würde, zu zeigen, dass der Kapitalismus aus dem Volk kommt und längst in der Dorfgemeinde zu gedeihen begonnen habe. So schlecht sei das gar nicht, dass der Kapitalismus begonnen habe, fügte Lenin später noch hinzu (siehe Lenin 1912: 133-139). Kapitalismus bringe Fortschritt und mit der Zeit auch den Klassenkampf, welcher zum Kommunismus führe.

Kriegskommunismus unter Lenin

Lenin überraschte seine Partei, als er im April 1917, kaum aus dem Exil zurückgekehrt und kaum dass die bürgerliche Revolution in Russland ein Monat alt war, es für möglich hielt und die Partei dazu aufforderte, aus der mehr oder weniger bürgerlichen eine proletarische Revolution zu machen. Die Bolschewiki schwenkten im Sog der Ereignisse mehrheitlich auf Lenins Kurs ein, forcierten zusammen mit den linken Sozialrevolutionären die Angriffe auf die provisorische Regierung und setzten sich durch, mit der Zeit auch gegen die Sozialrevolutionäre. Sie errichteten eine Diktatur und rechtfertigten sie als die des Proletariats.

Zur gleichen Zeit, wie sich die revolutionären Kräfte in den Städten radikalisierten und gegen die provisorische Regierung richteten, waren die Bauern von der Februarrevolution enttäuscht worden. Sie waren im Frühjahr 1917 mit drei Forderungen an die provisorische Regierung herangetreten: Senkung der Pachtpreise, Frieden und mehr Mitsprache. Die provisorische Regierung hatte die Forderungen vorerst nicht erfüllen wollen und stattdessen das staatliche Getreidemonopol über Ankauf und Vertrieb der Ernte bestätigt und verschärft, welches eine Kriegsmaßnahme des Zaren gewesen war. Daran entzündete sich eine Bauernrevolution, die im Schatten des Weltkrieges und der revolutionären Situation in den Städten und mangels Widerstand des Staates ohne viel Geräusch stattfand. Die Bauern, die sich nach drei Jahren Weltkrieg lange genug geschöpft sahen und zur bürgerlichen Regierung wenig Bindung hatten, eigneten sich das Land des Staates, der Großgrundbesitzer und der Großbauern an. Schlussendlich hatte auf dem Land, als in den Metropolen die kommunistische Revolution begann, die provisorische Regierung längst verloren. Die Bauern ließen die Bolschewiki, die ihre Revolution auf dem Land gewähren ließen, in den Städten gewähren. Sie bestellten ihre neuen Felder und ihre Söhne, aus denen sich die Armee rekrutierte, ließen sich nicht gegen die Oktoberrevolution mobilisieren, sondern wollten keinen Krieg mehr und nachhause.

Die Bolschewiki hatten Ende 1917 die Macht gewonnen, die Bauern ungefähr zehn Prozent mehr Land. Im Oktober 1917 legalisierte der Zweite Sowjetkongress durch ein von den Bolschewiki initiiertes »Dekret über Grund und Boden« die wilde Enteignung nachträglich – und damit auch die Parzellierung des Landes. Denn die Bauernschaft hatte nicht nur Land hinzugewonnen, sondern hatte es unter der Patronanz der traditionellen Dorfgemeinden auch neu aufgeteilt, teils untereinander, teils an die Söhne, die aus dem Krieg heimkehrten, und teils an Verwandte aus der Stadt (insgesamt ein Fünftel

der Stadtbevölkerung floh 1913-1922 aufs Land, um dem Hunger zu entkommen). Auf diese Art ist 1917 die Zahl der Bauernwirtschaften gewachsen, Stalin zufolge von 15 auf 20 Millionen (vgl. Stalin 1928s: 50f). Somit waren die landwirtschaftlichen Flächen erst mal nicht, wie von einer kommunistischen Revolution erhofft, vereinigt, sondern dividiert worden. Insofern hatte die Sowjetmacht 1917, während sie an die Macht kam, eine Niederlage erlitten. Im Januar 1918 gaben die Bolschewiki einen Fingerzeig, wohin es in Zukunft gehen sollte. Das »Grundgesetz über den Boden« erklärte allen Boden zum Eigentum des Staates – *de jure*. *De facto* blieb es aber erst mal dabei, dass die Bauern den Boden besaßen. Die Durchsetzung sozialistischer Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft wurde in die Ferne verschoben. »Dazu reichen unsere Kräfte jetzt nicht aus.« (Lenin 1920g: 475)

Die Bolschewiki schauten gen Westen in der Hoffnung, dort werde alsbald die Revolution ausbrechen und Sowjetrußland geholfen werden. Gleichzeitig mussten sie ihre Macht festigen, Rußland aus dem Ersten Weltkrieg heraus manövrieren und Chaos, Hunger und Elend mindern. Der Krieg hatte die Wirtschaftskraft des Landes in Mitleidenschaft gezogen. Und die Gutsherrenbetriebe und größeren Bauernwirtschaften, die vor dem Krieg die Städte beliefert hatten, waren durch Kleinbauernwirtschaften, die für sich und wenig Überschüsse produzierten, ersetzt worden; es gelangten nur noch halb so viele landwirtschaftliche Produkte in die Städte wie 1913 (vgl. Nove 1992: 106). Im Winter 1917/18 sank die tägliche Brotration für Industriearbeiter auf fünfzig Gramm pro Tag. Gegen den Hunger in den Städten, aber auch, um im tobenden Bürgerkrieg die Gegner von den Lebensmitteln abzuschneiden, begannen die Bolschewiki im Mai 1918 mit drastischen agrarpolitischen Maßnahmen, u.a. Getreiderequisitionen. »Kriegskommunismus« nannten die Bolschewiki diese Phase des Kommunismus (1917-1921), weil dieser sich zum einen im Bürgerkrieg behaupten musste und zum anderen an die zaristische Kriegswirtschaft anknüpfte. »Das Getreidemonopol und die Brotkarten haben nicht wir eingeführt [...]« (Lenin 1917: 92) Das Getreidemonopol, welches der Zar erlassen hatte, um die Armee im Ersten Weltkrieg zu ernähren, wurde im Mai 1918 durch die Bolschewiki bestätigt und verschärft; die Bauern bekamen Pflichten auferlegt, wie viel Getreide sie zu liefern hatten. Gegen die »räuberische Kulaken«, d.h. jene Bauern, die ihrer Pflicht nicht nachkamen, wurde eine »Lebensmittelbeschaffungsmarine« aufs Land geschickt (Lenin 1918t: 454), um Getreide einzutreiben und Strafen zu vollstrecken. In einem Akt symbolischer Politik bekam dieser Kriegskommunismus auch noch die Krone aufgesetzt; »Hammer und Sichel« wurden zum Staatseblem.

Für die Bauern bedeutete der Kriegskommunismus einen Rückfall in die Zeit des alten Rußlands und noch schlimmer. Sie hatten Abgaben zu leisten, mehr als je zuvor. Hatten sie kurzfristig zu den Gewinnern des Revolutionsjahrs gehört, so jetzt zu den Verlierern. Hatten sie 1917 Land hinzugewonnen und bestellt, so wurde ihnen nun, kaum dass sie die Ernte einfahren wollten, ein Teil des Ernteertrags entwendet. Hatten ihnen die Bolschewiki 1917 noch aus dem Herzen gesprochen, so wurden sie von diesen nun als »Hauptfeind« bezeichnet (Lenin 1918k: 327). An ihrem Los seien die Bauern selbst schuld, analysierte Lenin. Die ländliche Kleinbourgeoisie habe 1917 die Großbourgeoisie enteignet und sich bereichert; dann habe sie auf eigene Faust gewirtschaftet und einen Teil der Gesellschaft in egoistischer, kapitalistischer Manier verhungern lassen. Es sei Zeit für den »entschiedensten, schonungslosesten Kampf« (Lenin 1918a: 294). Zum Kampf kam es, auch seitens der Bauern. In verschiedenen Teilen des Landes formierten sich Bauerntrupps, teils mehrere tausende

Mann stark, darunter auch viele Deserteure der Roten Armee. Allein in der Ukraine sollen tausend Mitglieder der Lebensmittelbeschaffungssarmee von Aufständischen getötet worden sein. Neben den bewaffneten Organen des bolschewistischen Regimes wurden staatliche Speicher, Parteibüros, Dorfsowjets, landwirtschaftliche Kollektive, Fabriken und Eisenbahnstationen angegriffen. Schließlich, 1921, konnten die Bolschewiki auch den Kampf gegen die Bauern für sich entscheiden. Einerseits durch Härte: Nachdem sie an anderen Fronten im Bürgerkrieg gewonnen hatten, konnte die bolschewistische Diktatur einen Großteil ihrer militärischen Kräfte gegen die Bauerntrupps richten. Andererseits durch wirtschaftliche Konzessionen, die den Bauern gemacht wurden: mit der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP).

Neue Ökonomische Politik unter Lenin

Wirtschaftlich erfolgreich war der Kriegskommunismus nicht: Nur die Hälfte der erhofften Menge an Getreide hatte eingetrieben werden können, Schwarzmärkte florierten, der Hunger trieb die Stadtbevölkerung auf diese Märkte, aber auch aus der Stadt aufs Land; das industrielle Gesamtprodukt des Landes ging zurück, die landwirtschaftliche Produktivität sank ebenfalls. Die bäuerlichen Arbeitskräfte waren erschöpft. Der Kriegskommunismus sorgte nicht für erweiterte Reproduktion, nicht mal für einfache Reproduktion, sondern für einen Schwund der gesellschaftlichen Produktivkräfte (vgl. Preobraschenski 1926: 42). Die »organisierte Raubökonomie« (Baberowski 2007: 6) des Kriegskommunismus konnte nicht von Dauer sein. Die Ernährung der Gesellschaft stand auf dem Spiel.

In Anbetracht der wirtschaftlichen Situation und als der Bürgerkrieg gewonnen war, setzte bei Lenin ein Umdenken ein. 1921 war er soweit, laut und deutlich für eine Neue Ökonomische Politik zu plädieren. Eine der Hauptprogrammpunkte war, die »Freiheit des Kapitalismus für die Landwirtschaft wiederherzustellen« (Lenin 1921a: 221). Freiheit des Kapitalismus? Lenin begründete den Kurswechsel schweren Herzens und als Interimslösung. Man könne den Kommunismus nicht mit der Brechstange erreichen, sondern nur auf Umwegen. Die rasche Nationalisierung der Landwirtschaft sei unrealistisch, die Vorherrschaft der Kleinbauernschaft auf dem Lande könne nicht geleugnet und weggezaubert werden. Man müsse die Kleinbauern, d.h. die Masse der Bevölkerung in Sowjetrussland mitnehmen auf dem Weg in den Kommunismus. Als Preisgabe des Kommunismus wollte er die NÖP nicht verstanden wissen, sondern als Strategie. Sie sollte eine Interimslösung sein, während der zugleich die Nationalisierung der Landwirtschaft vorbereitet werden sollte.

Zur Interimslösung gehörte, dass die Bauern Arbeitskräfte anstellen durften und ihre Überschüsse nicht mehr an den Staat abtreten mussten. Sie mussten nur noch Steuern bezahlen, erst in Gestalt von Naturalien, ab 1924 in Geldgestalt. Den Rest ihres Mehrprodukts konnten sie selbständig verkaufen, wengleich zu Preisen, die vom Staat, der Hauptabnehmer des Getreides blieb, mitbestimmt wurden. Die Schwarzmärkte wurden legalisiert und mit dem Gewinn konnten die Bauern machen, was sie wollten. Die Bolschewiki hofften, dass die Bauern unter den neuen marktwirtschaftlichen Bedingungen mehr Getreide produzierten, es verkauften und mit den Gewinnen ihre Betriebe verbesserten und die Produktion steigerten.

Die andere Seite der NÖP, d.h. die Vorbereitung der Nationalisierung der Landwirtschaft, bestand im

Wesentlichen aus drei Punkten. 1. Sowjetmacht: Im Land sollten die Institutionen des Staatsapparats bzw. des Kommunismus ausgebaut und verbessert werden (siehe Lenin 1921n: 369-371). Dieser Staatsbildungsprozess lief nicht so friedlich ab, wie es die Legende von der bauernfreundlichen NÖP besagt (ausführlicher dazu Baberowski 2007). 2. Elektrifizierung: Das Land sollte umfangreich elektrifiziert werden. Nur wo Stromleitungen verlegt wären, könnten, Lenin zufolge, Großbetriebe entstehen, nur wenn es im ganzen Land ausreichend Strom gäbe, könnten Parzellenwirtschaft und Markt sowie Hunger und Elend überwunden werden (siehe Lenin 1921s: 395 u. ders. 1922: 172). Diese ersten beiden Punkte hat Lenin zu jener berühmten Formel zusammengefasst: »Kommunismus – das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes.« (Lenin 1920v: 513) 3. Genossenschaftlicher Zusammenschluss: Dieser Zusammenschluss sollte während der NÖP forciert und binnen ein bis zwei Jahrzehnten vollendet sein, wobei darauf geachtet werden sollte, die Führungspositionen in den Genossenschaften teils mit Bolschewisten zu besetzen, teils mit ehemaligen Großbauern, da diese wüssten, wie landwirtschaftliche Großbetriebe zu arbeiten und zu wirtschaften hätten (siehe Lenin 1923: 456). Bauern, die Genossenschaften beitraten, bekamen Prämien und einen Teil der Genossenschaftsgewinne.

Mit dem genossenschaftlichen Zusammenschluss griff Lenin kein neues Konzept auf. Schon Engels hatte ihn, wie bereits erwähnt, als Übergangslösung gen Kommunismus erörtert. In der Sowjetunion war die Strategie auch nicht neu. Bereits 1918 war ein Milliardentopf bereitgestellt worden, um Genossenschaften daraus Startguthaben, Darlehen und Prämien zu gewähren und ans Gängelband des Geldes zu legen. Im *ABC des Kommunismus*, einem Buch, das nach der Oktoberrevolution von zwei der wichtigsten bolschewistischen Theoretiker publiziert wurde, wird der genossenschaftliche Zusammenschluss der Bauern zum einen als Maßnahme gegen die »barbarische Kraftverschwendung in den Zwergenwirtschaften« (Bucharin u. Preobraschenski 1919: 305) angepriesen: Genossenschaftliche Landwirtschaftsbetriebe könnten in Elektrizitätsanschlüsse, große Ställe und Maschinen investieren und die Maschinen auf genügend großen Feldern rentabel einsetzen; auf größeren Feldern gäbe es weniger Ecken und Raine und somit weniger Ernteverlust; die größeren Anbauflächen böten Möglichkeiten für komplexere Fruchtfolgen und stellenweise Zuchtexperimente; es gäbe mehr Platz für Weide für Hornvieh und somit für die Produktion von Dünger; Arbeiten könnten geteilt und Wissenschaftler und Mechaniker angestellt werden; Küchen könnten zusammengelegt und somit viele Frauen von der Küchenarbeit befreit werden. Zum anderen rühmen die beiden Autoren die Genossenschaft als eine Art Eingliederungsmaßnahme: Die Kleinproduzenten müssten bei der Bildung von Genossenschaften »unterstützt«, vom organisierten Proletariat »abhängig« gemacht und in die sozialistische Produktion »hineingezogen« werden (ebd.: 276-278). Etwa mithilfe von Krediten – schließlich hatte schon Marx »keinen Zweifel, daß das Kreditsystem als ein mächtiger Hebel dienen wird während des Übergangs aus der kapitalistischen Produktionsweise in die Produktionsweise der assoziierten Arbeit [...]« (Marx 1894: 621) Überdies besaß der sowjetische Staat das Monopol über Maschinen und Rohstoffe und wollte die Bauern darüber abhängig machen und in die sozialistische Produktion hineinziehen. Und zur Not konnte eine Genossenschaft, die »die ihr von der Regierung, der Sowjetmacht, und vom Proletariat übertragenen Aufgaben nicht durchführt«, nach einem Worte Lenins, »geprügelt« werden (Lenin 1920g: 474).

Soweit die Theorie. In der Praxis sah es anders aus. 1928 lag der Anteil der von Genossenschaften oder Staatsbetrieben bearbeiteten Saatfläche in der Sowjetunion gerade mal bei 1,2 Prozent (vgl.

Pollock 1929: 128f.). Warum sollte ein Bauer auch in eine Genossenschaft eintreten? Für Bauern, die zu wenig besitzen, um über die Runden zu kommen, sind Genossenschaften attraktiv. Aber warum sollen jene, die kraft ihrer eigenen Arbeit und Felder überleben können, eintreten? Die Bauern ließen sich nicht aus freien Stücken auf die Genossenschaften ein; sie vertrauten den Worten aus Stadt und Partei nicht und wollten ihr Gerät, ihren Acker und ihre Eigenständigkeit nicht verlieren.

Wurden die sonstigen NÖP-Ziele erreicht? Teilweise. Auf dem Lande konnten die Organe der Sowjetmacht aufgebaut werden. Die Elektrifizierung des Landes kam auch vorwärts. Die Ernährungssituation verbesserte sich etwas, allerdings blieben die Ernten unter Vorkriegsniveau (vgl. Nove 1992: 186 u. 242). Unter der Bedingung des freien Marktes wirtschafteten die Bauernwirtschaften zwar produktiver als unter denen des Kriegskommunismus, aber noch lange nicht produktiv genug. Besonders die Ausrichtung der bäuerlichen Produktion ließ zu wünschen übrig; die Bauern produzierten Produkte für die Endverbraucher, aber zu wenig für die Industrie (z.B. Wolle, Flachs, Leder). So schien die NÖP ihren Zenit schnell erreicht zu haben und der reichte für die angestrebte Industrialisierung nicht hin. Hätte Lenin, der immer für Überraschungen gut war, die NÖP widerrufen oder bekräftigt? Die Partei wusste es nicht. Er war im Januar 1924 gestorben und es kam zum Machtkampf – und zur Diskussion, wie, wie schnell und auf wessen Kosten die Volkswirtschaft industrialisiert werden müsse. Die Linksbolschewiki insistierten auf mehr Geschwindigkeit zulasten der Bauern, die rechten Bolschewiki auf eine bauernfreundliche, moderate Industrialisierung. Zwischen den beiden Flügeln – Stalin, das Zünglein an der Waage.

Die Industrialisierungsdebatte

Nach dem Tod Lenins wurde die NÖP erst mal verstärkt und NÖP II genannt. Verstärkt wurde sie zugunsten von Privatbauern, unter anderem durch eine Reprise von Elementen der stolypinschen Agrarreformen. Pachtung und Verpachtung von Land wurden erleichtert, landwirtschaftliche Einzelbetriebe in unkultivierten Gegenden gefördert, mehrere tausend Traktoren importiert und günstig an Bauern verkauft, besonders produktive Bauern in Zeitungen gelobt, hunderttausend Bauern in die Partei aufgenommen und Neuwahlen für Dorfsowjets erlaubt. Allerdings währte die NÖP II nur kurz. Ab Herbst 1925 setzte ein Stimmungsumschwung ein, nachdem die Ernte 1925 eigentlich gut, aber die Menge an Getreide, die auf dem Markt und in den Händen des Staates landete, enttäuschend gering war. Die Bauern und die rechten Bolschewiki warfen den staatlichen Institutionen vor, den Bauern das Getreide zu unverhältnismäßig niedrigen Preisen abzunehmen, sodass Getreideverkauf nichts einbrachte, zumal landwirtschaftliche Produktionsmittel meist teuer waren, es also für die Bauernwirtschaften gar nicht lohnte, Gewinn zu machen, um ihn in die Produktion zu investieren. Die Linksbolschewiki dagegen warfen den Bauern »Spekulation« vor; die Kulaken würden das Getreide zurückhalten, weil sie auf Hunger und steigende Preise spekulierten. Diese Vorwürfe wurden mit einer Theorie Trotzki's, dem bekanntesten Vertreter des linken Parteiflügels, unterlegt, wonach die ländliche Bourgeoisie kurz davor sei, zur offenen Konterrevolution überzugehen. Die rechten Bolschewiki hingegen stritten dafür, die Interessen der Bauern ernst zu nehmen und das Bündnis von Arbeitern und Bauern nicht durch eine neuerliche »militärisch-feudale Ausbeutung der Bauern« zu zerstören. Die »Industrialisierungsdebatte« zerrüttete die Partei. Wie soll die Sowjetunion industrialisiert werden?

Soll die Landwirtschaft gefördert und die Industrie über den Umweg Landwirtschaft stimuliert oder direkt die Industrie gefördert werden? In welche Geschäftszweige soll die Gesellschaft ihre Arbeitskraft und die schon vorhandenen Mittel investieren? Um die Landwirtschaft zu fördern, wie es der rechte Flügel der Bolschewiki forderte, bedurfte es vieler kleiner Investitionen (Sämaschine etc.), die aber in der Summe zu Buche schlugen. Die existierende Industrie hätte auf die Produktion von landwirtschaftlichen Maschinen und Hilfsmitteln ausgerichtet werden müssen, um diese an die Bauern verteilen oder kostengünstig verkaufen zu können. Nach Auffassung der Linksbolschewiki sollte die Gesellschaft hingegen direkt die Industrie fördern und zwar nicht so, dass diese mehr landwirtschaftliche Geräte herstellt, sondern so, dass die Industrie erst mal sich selbst vergrößert, d.h. auf erweiterter Stufenleiter reproduziert; die industrielle Arbeitskraft und die vorhandenen Produktionsmittel sollten in den Aufbau von neuen, fortschrittlichen Industrieanlagen investiert werden. Die Linksbolschewiki gaben freimütig zu, dass bei Umsetzung ihres Planes die Bauern die Industrie und Städte vorerst mit Rohstoffen und Lebensmittel versorgen müssten, ohne dafür im Gegenzug viele und günstige landwirtschaftliche Produktionsmittel erhalten zu können.

An der Streitfrage, ob eher die Landwirtschaft oder die Industrie ausgebaut werden sollte, hing gleichzeitig auch die Frage, in welche Art Ausbildung die sowjetische Gesellschaft Arbeitskraft (durch den Bau von Fachhochschulen, die Ausbildung und Ernährung von Lehrkräften, die Produktion von Lehrmaterial) investieren sollte. Fachhochschulen für Agraringenieure oder für Industrieingenieure? Ferner ging es um den Ausbau der Infrastruktur. Sollten eher Straßen auf dem Land oder besser Häfen, Kanäle und Eisenbahnen in den Industrieregionen gebaut werden? Von Brisanz war auch die Frage des Handels mit dem Ausland. Wenn man die Agrarwirtschaft förderte, könnte man mehr Getreide exportieren und im Gegenzug mehr Industriegüter importieren. Dann aber, so hielten die Linksbolschewiki entgegen, mache man sich abhängig vom imperialistischen Ausland. Die rechten Bolschewiki erwiderten postwendend, dass die wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Ausland im Kriegsfall nichts bringen würde, wenn man im Inneren mit den Bauern, von deren Produktion Staat und Militär abhängig sind, auf Kriegsfuß stünde.

Es war diese Debatte, in die Preobraschenski, neben Trotzki einer der wichtigsten Theoretiker des linken Flügels, seine Theorie der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation in die Waagschale warf. Er definierte diese Akkumulation als eine Akkumulation von Produktionsmitteln in den Händen des Staates »auf Kosten des nicht sozialistischen Milieus« (Preobraschenski 1926: 141), welches aus 22 Millionen privaten Bauernhaushalten bestehe. Binnen weniger Jahre, so drängte er, müsse sich die Sowjetunion den Kapitalstock (die Menge der für die Produktion zur Verfügung stehenden Produktionsmittel) erschaffen, den andere Nationen über Jahrzehnte aufgetürmt hätten. Langfristig werde sich das auch positiv auf die Produktivität der Landwirtschaft und die Menge an privaten Konsumgütern auswirken. Doch kurzfristig ginge es erst mal nicht anders: Die Konsumenten müssten sich auf das Nötigste beschränken und die Bauern schuften, um die Industrialisierung zu ermöglichen. Kontra bekam er von Bucharin, seinem ehemaligen intellektuellen Partner, den die NÖP zum rechten Bolschewiki erweckt hatte. Der beschied sich, was die Industrialisierung anbelangte, 1926 mit der Prognose, »daß wir uns im Schneckentempo bewegen werden«, forderte Konzessionen an die Bauern und erinnerte, klassisch kommunistisch, an Sinn und Zweck des wirtschaftlichen Aufbaus: »Unsere Wirtschaft ist für den Konsumenten da, nicht der Konsument für die Wirtschaft.« (zit. n. Erlich 1961: 82f.). Dagegen brachten die Linksbolschewiki die Imperialismustheorie in Anschlag, laut derer der

Kapitalismus die Welt bald schon in den nächsten Krieg stürzen werde und der Sozialismus wehrhaft sein müsse. Preobraschenski 1926: »Wir bauen den Sozialismus in der Atempause zwischen zwei Schlachten.« (zit. n. Ebd.: 47).

Ursprüngliche sozialistische Akkumulation unter Stalin

Im Winter 1927/28 litten Staat und Gesellschaft an Getreidemangel, sodass der Staat erneute kriegskommunistische Maßnahmen durchführte, um an Getreide zu gelangen. Das konnte aber, wie Stalin im Kreise seiner Partei betonte, keine langfristige Lösung sein. Er forderte die Kollektivierung und Modernisierung der Landwirtschaft: »Die Statistik besagt, dass [...] wir ein Land mit ausgesprochen kleinbäuerlicher Wirtschaft sind. [...] Gibt es bei uns überhaupt Großwirtschaften im Dorf, die Maschinen, Düngemittel, agronomische Kenntnisse usw. anwenden? Ja, die gibt es. Das sind erstens die Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften. Aber wir haben davon nur wenig, Genossen. Das sind zweitens die kulakischen (kapitalistischen) Großwirtschaften. Von diesen Wirtschaften gibt es in unserem Land gar nicht so wenig, und sie spielen immer noch eine beträchtliche Rolle in der Landwirtschaft. Können wir den Weg der Förderung privater kapitalistischer Großwirtschaften im Dorfe betreten? Es ist klar, dass wir das nicht können. Daraus ergibt sich die Schlussfolgerung: alles daransetzen, um im Dorf Großwirtschaften vom Typ der Kollektivwirtschaften und Sowjetwirtschaften zu entwickeln, und dabei bemüht sein, sie zu Getreidefabriken für das ganze Land zu machen, die auf der Grundlage der modernen Wissenschaft organisiert sind.« (Stalin 1928a: 28)

Stalin nutzte die Richtungskämpfe und die Angst vor einem Auseinanderbrechen der Partei, um ein unbeirrtes, handlungsweisendes Zentrum und eine Parteilinie zu suggerieren – gegen die bedrohlichen Abweichungen von links und rechts. Ab 1926 hatte er, im Namen Lenins und dessen Kampfes gegen die Kinderkrankheiten des Kommunismus, noch die Kritik an den »Linksabweichlern« unterstützt (Stalin 1926: 182) und 1927 deren Parteiausschluss bewirkt; hinterdrein aber machte er deren Hauptforderung nach schnellstmöglicher Industrialisierung zur Sache der Partei. Die Sowjetunion, so Stalins quasi linke Überzeugung, sollte sich nicht von Importen abhängig machen, die Industrialisierung aus eigener Kraft schaffen und militärisch aufs Schlimmste vorbereitet werden. In diesem Sinne sah der erste Fünfjahrplan von 1928 dann auch vor, den Kapitalstock der sowjetischen Volkswirtschaft in fünf Jahren zu verdoppeln. Kaum dass der Parteiausschluss der Linksabweichler geschafft war, eröffnete Stalin das Feuer auf die Rechtsabweichler. Allerdings nahm er auch deren Hauptforderung ernst und integrierte sie ins Parteiprogramm. Die Landwirtschaft, so Stalins quasi rechte Überzeugung, sollte auf ein höheres Niveau gehoben werden. Investitionen in die Industrie und Hebung des landwirtschaftlichen Niveaus zugleich? Tatsächlich durchschlug Stalin den gordischen Knoten der Industrialisierungsdebatte – mit Kalkül und Gewalt. Das Kalkül: »Allein schon die einfache Hebung des Kulturniveaus des Bauern, seiner Sachkenntnis, allein schon eine so einfache Sache wie die Reinigung des Saatguts könnte die Bruttoproduktion der Landwirtschaft um 10-15 Prozent steigern. Man berechne einmal, was das für das ganze Land bedeutet.« (Stalin 1928i: 141) Mit Gewalt: Kollektivierung der Landwirtschaft. Die Kleinbauernbetriebe sollten zu Genossenschaften zusammengeschlossen werden, mit allen Mitteln, die nun, nachdem sich die Sowjetmacht während der NÖP konsolidiert hatte, zur Verfügung standen.

Der genossenschaftliche Zusammenschluss wurde rasch durchgesetzt: mit viel Peitsche, aber auch etwas Zucker. Die Bauern, die mitmachten, bekamen ihre Prämien und die Möglichkeit, genossenschaftliche Geräte zu nutzen. Bauern, die sich nicht kollektivieren lassen oder einen Arbeitsplatz in der Stadt annehmen wollten, machten sich als Kulaken verdächtig und wurden bestraft – Expropriation, Deportation, Arbeitslager. Stalin hat den Kampf gegen die Kulaken nicht erfunden, sondern konsequent geführt und gewonnen. An sich war der »schonungslose Kampf gegen die Kulaken« (Lenin 1918e: 350) eine Erfindung Lenins. Dieser hatte vor der »kleinbürgerlichen Hydra mit ihren Millionen Fangarmen« (Lenin 1918k: 329) gewarnt und die Bauernschaft gemeint. »Es ist tausendmal leichter, die zentralisierte Großbourgeoisie zu besiegen, als die Millionen und aber Millionen der Kleinbesitzer >zu besiegen<; diese aber führen durch ihre tagtägliche, alltägliche, unmerkliche, unfaßbare, zersetzende Tätigkeit eben jene Resultate herbei, welche die Bourgeoisie braucht, durch welche die Macht der Bourgeoisie restauriert wird.« (Lenin 1920k: 29f.) Wer im Kriegskommunismus nicht das geforderte Getreide ablieferte oder sich gegen die Sowjetmacht stellte, wurde als Kulak bezeichnet und bestraft. Die NÖP gewährte den Bauern dann Ruhe, zumindest was ihre Wirtschaftsweise anbelangte. 1927 gerieten sie wieder ins Visier. Anfang 1930 rief das Regime schließlich die »Liquidierung der Kulaken als Klasse« aus. Die missbilligten Subsistenz- und Privatbauern wurden enteignet, Millionen auch umgesiedelt oder in Arbeitslager gesteckt. Daraus folgten auch schwere Hungerkatastrophen, weil mit Kollektivierung und Enteignung die gewachsene wirtschaftliche Struktur auf dem Land zerstört wurde und obendrein die Privatbauern ihre Tiere schlachteten und ihre Produktionsmittel verbrannten, um sie dem Staat zu entziehen und um selber nicht als Kulak identifiziert werden zu können. Die Definition »Kulak« war schwammig. Schon im Kriegskommunismus hatten als Kulaken nicht nur wohlhabende, kapitalistische Bauern gegolten, sondern auch solche, die Getreide zurückhielten, sich den Requisitionen widersetzen oder zu den Aufständischen zählten. Im Stalinismus wurde die Definition alles andere als geschärft. Letztlich waren damit alle Bauern gemeint, die sich nicht an die Kandare nehmen ließen. Auch Parteivertreter, die die Maßnahmen zur Kollektivierung und gegen die Kulaken nicht durchsetzten, machten sich als »Kostgänger der Kulaken« (Stalin 1928e: 9) verdächtig sowie Angestellte und Bauern in den Genossenschaften, die sich den Vorgaben widersetzen (siehe Stalin 1931: 135f.) »Kulak« diente als Bezeichnung für alle auf dem Dorf, die man das Fürchten lehren wollte. Es drohte der Gulag, die wesentliche Erfindung und Institution des Stalinismus. Der Kriegskommunismus hatte zwar schon die Strafanstalten, die der Zarismus hinterlassen hatte, weidlich genutzt, um politische Gegner und deren Angehörige einzusperrern und zu foltern – das waren aber nur Zehntausende, für mehr war nicht Platz. Auch verfügte der Staat unter Lenin überhaupt nicht über die Organe, d.h. die Sowjetmacht, um Millionen von Bürgern zu expropriieren, zu deportieren und zu internieren – und das auch noch so rentabel, wie es das System Gulag in Aussicht stellte (zu dessen Wirtschaftlichkeit und Unwirtschaftlichkeit vgl. Gerber 2016: 80f.). Das System begann Anfang der dreißiger Jahre Gestalt anzunehmen. Anderthalb Millionen Kulaken wurden in abgelegene, unwirtliche Gegenden angesiedelt, deren Außengrenzen überwacht; politische Gegner oder andere Menschen, die dem Aufbau der neuen Gesellschaft schaden, mussten als Zwangsarbeiter Kanäle bauen. Stalin hatte mit diesem System der Sowjetmacht das entscheidende Machtmittel verschafft, um die gesamte Gesellschaft gefügig zu machen. Der Bauernschaft blieb unter der Drohung des Gulags kaum etwas anderes übrig, als sich

dem Schicksal der Kollektivierung zu beugen. 1933 war der Anteil der Saatfläche, die von Genossenschaften und Staatsbetrieben bewirtschaftet wurde, schon auf über 80 Prozent gewachsen, wie Stalin verkündete (siehe Stalin 1934: 184.). Ende der dreißiger Jahre waren schließlich fast hundert Prozent der Landwirtschaft kollektiviert. In dem Umwälzungsprozess nebenher erodierten die traditionellen russischen Dorfgemeinden und damit die Bande, durch welche die Bauern an ihre träge, urtümliche Existenzweise gebunden waren.

Angesichts dieser Verbrechen verwundert, welche Vorwürfe erst Trotzki (vgl. Trotzki 1936: 234) und 1952 dann Amadeo Bordiga, der Anführer der italienischen Kommunisten, an die Adresse Stalins richtet. Stalin, so Bordiga, habe Lenins Politik der Verstaatlichung der Landwirtschaft unterminiert, die kleinbäuerliche Warenproduktion rehabilitiert und das Land auf Kosten der Arbeiterklasse industrialisiert (siehe Bordiga 1952). Die ersten beiden Vorwürfe sind haltlos (außer man wollte kleinlich sein und Stalin vorwerfen, den Genossenschaften die Kolschosmärkte zugestanden zu haben) und der dritte Vorwurf stimmt nur soweit, wie am Ende alle, auch die Bauern, zur Arbeiterklasse gehörten. Anders als Bordiga behauptet, hat Stalin Lenin nicht verraten, sondern entschieden beim Wort genommen. Lenin hatte die Verwandlung aller Bürger in Arbeiter und die Unterordnung aller Produktion unter das Kommando des proletarischen Staats angekündigt und die Bauernschaft als Hauptfeind der neuen sozialistischen Ordnung bezeichnet (siehe Lenin 1918r: 484 u. Lenin 1919: 97); und Stalin beugte den Hauptfeind durch Terror und erreichte das Ziel.

Anfang der dreißiger Jahre war schon ein Großteil aller Bauernhaushalte kollektiviert. Von da an stand die Landwirtschaft unter der Jurisdiktion des Staates und seiner Planungsbehörden und konnte der Industrialisierung des Landes dienstbar gemacht werden. Die Genossenschaften bekamen Vorgaben, was sie mit welchen Mitteln zu produzieren hatten, etwa Flachs statt Rüben, auf Feldern statt Parzellen, mit Traktoren statt Spaten, und durften nur einen kleinen Teil und ganz bestimmten Teil ihrer Produkte auf eigene Faust produzieren und auf dem Kolschosmarkt feilbieten, nämlich ausschließlich Güter für den Endverbraucher und keinerlei Produktionsmittel wie etwa Tierfutter oder Dünger. Produktionsmittel sollten nicht zur Ware werden; der Staat verlangte, zwecks planmäßiger proportionaler Produktion bzw. Planung der Industrialisierung, die totale Kontrolle über Produktion, Reproduktion und Distribution der Produktionsmittel. Die gewünschten Resultate stellten sich bald ein. Die Landwirtschaft produzierte wesentlich mehr Rohstoffe für die Industrie. Indes wuchs zwar auch der Umfang der produzierten Lebensmittel, aber nicht schnell genug, um mit dem Bevölkerungswachstum mitzuhalten, sodass der durchschnittliche Pro-Kopf-Konsum nach 1927 sogar sank (erst in den fünfziger Jahren erreichte er wieder das Niveau von 1927; vgl. Carlo 1971: 32, Gey 1982: 370 sowie Kosta 1984: 54.).

Während der NÖP war die Kollektivierung Ziel gewesen, aber im Ansatz stecken geblieben. Erst die »durchgepeitschte Vergenossenschaftlichung« (Kosta 1984: 46) hat Wirkung gezeigt und in der sowjetischen Gesellschaft das Opfer an Arbeitskraft erzwungen, ohne welches die erweiterte Reproduktion nicht möglich gewesen wäre und das Stalin angekündigt hatte (siehe Stalin 1928g: 86). Um es mit Marx zu sagen: Die sowjetische Gesellschaft wurde durch das kaudinische Joch getrieben. Mehr noch, als Preobraschenski sie gefordert hatte, hat es sich dabei um eine »ursprüngliche sozialistische Akkumulation« gehandelt. Die Linksbolschewiki hatten nur auf den Ankauf der Landwirtschaftsprodukte zu Niedrigpreisen durch den Staat gedrängt und auf die Förderung des Genossenschaftswesens, aber nicht auf rasante Kollektivierung von oben und nicht auf die

terroristische Subsumtion der landwirtschaftlichen Produktion unter den Staat, wie sie dann unter Stalin statthatte. Am Ende gehörte der Boden der Nation und die Ställe, das Saatgut und die Gerätschaften den Genossenschaften, die der Staat kontrollierte. Die Bauern, von nun an außerstande, selbständig zu wirtschaften, mussten sich als Landarbeiter verdingen oder, wenn in den Kolchosen kein Platz mehr für sie war, als Industriearbeiter. Rund fünfzig Jahre vorher, so überliefert es Marx, hatten sich die »russischen Grundeigentümer« noch darüber beschwert, dass »man nicht in hinreichendem Umfang und zu beliebiger Zeit die zu kaufenden Arbeitskräfte disponibel finde« und der »russische Landarbeiter infolge des Gemeineigentums der Obschtschina an Grund und Boden noch nicht völlig von seinen Produktionsmitteln getrennt, daher noch kein ›freier Landarbeiter‹ im vollen Sinne des Wortes ist.« (Marx 1885: 39) In der Sowjetunion der 1930er Jahre gab es diese Landarbeiter dann zahlreich und im vollen Sinne des Wortes, aber – und das ist sowohl die *differentia specifica* der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation als auch die Voraussetzung des Sozialismus – auch keine privaten Grundeigentümer und Produktionsmittelbesitzer mehr.

Marx zufolge stünden sich am Ende der sogenannten ursprünglichen Akkumulation des Kapitals zwei Klassen gegenüber: auf der einen Seite die Proletarier, die über keine Produktionsmittel mehr verfügen und daher gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, auf der anderen Seite die Kapitalisten, die die Produktionsmittel besitzen und die Arbeitskraft der Proletarier kaufen. Am Ende der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation sind die Eigentumsverhältnisse andere. Zwar finden sich auch im Realsozialismus auf der einen Seite die Proletarier wieder, die über keine Produktionsmittel mehr verfügen und daher gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Aber auf der anderen Seite sind es nicht die Kapitalisten, sondern ist es nun der Staat, der über alle Produktionsmittel verfügt und die Proletarier beschäftigt und entlohnt. Und während die Proletarier in den kapitalistischen Industrienationen doppelt frei sind, nämlich einerseits frei von Produktionsmitteln und andererseits frei, ihren Arbeitgeber zu wechseln, notfalls indem sie einen niedrigeren Lohn in Kauf nahmen, sind sie im Realsozialismus nur in einer Hinsicht frei, nämlich frei von Produktionsmitteln. Während die Arbeiter in den westlichen Industrienationen darauf hoffen können, dass, wenn sie streiken, der Staat sich raushält oder vielleicht gar ein Wort für sie einlegt, bekommen es streikende Arbeiter im Realsozialismus mit einem Arbeitgeber zu tun, den sie nicht wechseln können und der auch noch der politische Souverän ist, zumal einer, der nichts von Gewaltenteilung hält und alle Gewalt in sich vereint. »Wehe dem Proletariat, das gegen solchen Machtapparat den Kampf aufnehmen muß.« (Internationale Kommunisten Holland 1930: 12).

Nach außen, Richtung Volk, hatte sich Stalin bemüht, die Kollektivierung als antikapitalistische Aktion im Sinne Lenins darzustellen – so in einer Rede in der sibirischen Provinz: »Lenin sagt, daß, solange im Lande die individuelle Bauernschaft überwiegt, die Kapitalisten und Kapitalismus hervorbringt, die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus bestehen bleibt.« (Stalin 1928e: 10) Tatsächlich hatte Lenin die Theorie vertreten, dass aus dem Warentausch das Geld und aus dem Geld das Kapital erwachse, und als marxistische deklariert (siehe Lenin 1908: 294f. u. ders. 1919: 92-94). Damit hatte er allerdings Marx Unrecht getan (ausführlicher dazu Gey 1984). Dieser stellt zwar auf den ersten zweihundert Seiten seines *Kapital* erst den Warentausch, dann das Geld und schließlich das Kapital dar, aber ohne zu behaupten, Warentausch und Geldverkehr seien hinreichende Bedingungen für die Herausbildung und Ausbreitung des industriellen Kapitals und dessen Entwicklung zur herrschenden Produktionsform: »Seine historischen Existenzbedingungen sind durchaus nicht da mit der Waren- und

Geldzirkulation. Es entsteht nur, wo der Besitzer von Produktions- und Lebensmitteln den freien Arbeiter als Verkäufer seiner Arbeitskraft auf dem Markt vorfindet« (Marx 1872k: 184). Wie es dazu kam, dass die Besitzer der Produktions- und Lebensmittel den freien Arbeiter auf dem Markt vorfanden, beschreibt Marx in seinem langen Exkurs über die »sogenannte ursprüngliche Akkumulation des Kapitals«. Einer von deren Hauptmomenten, nämlich die Akkumulation der Produktionsmittel auf Kosten der einfachen Bauern, wiederholte sich in der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation. Sozialismus und Kapitalismus hatten den gleichen Feind: die träge vor sich hin und selbstgenügsam wirtschaftende Bauernschaft bzw. die bäuerliche Verfügungsmacht über Subsistenz- bzw. Produktionsmittel. Die Bolschewiki peitschten unter Stalin durch, was das Kapital vorgemacht hatte und im Interesse des Sozialismus lag– die Expropriation des Landvolks; aber ihre Propaganda verlautbarte, es handele sich um eine antikapitalistische Aktion. Jenseits der Propaganda, im Führungszirkel seiner Partei, war sich Stalin völlig im Klaren darüber, dass man es in der bäuerlichen Landwirtschaft nicht mit einem kapitalistischen Feind zu tun hatte, sondern mit einer »äußerst primitiven und unentwickelten Wirtschaft mit einer äußerst geringen Warenproduktion« (Stalin 1928a: 28), also einem Hindernis jedweder erweiterten Reproduktion – sie diese kapitalistisch oder sozialistisch. Kurzum: Es handelte sich bei der Kollektivierung nicht um antikapitalistische Aktionen, nicht um die Liquidierung einer landwirtschaftlichen Kapitalistenklasse, sondern um Aktionen nach dem Vorbild der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, jedoch noch gewaltsamer, noch dahinpreschender und mit anderer Stoßrichtung: sozialistische Eigentumsverhältnisse bzw. vorerst staatssozialistische Eigentumsverhältnisse. »Um gesellschaftliches Eigentum zu werden, muss das Privateigentum unvermeidlich das staatliche Stadium durchlaufen, so wie die Raupe durch das Stadium der Larve gehen muss, um Schmetterling zu werden. Aber die Larve ist noch kein Schmetterling.« (Trotzki 1936: 236f.)

1934, auf dem 17. Parteitag der KpdSU, verkündete Stalin den Etappensieg – gewissermaßen den Eintritt ins Larvenstadium: »Wir können jetzt sagen, daß [...] die fünfte gesellschaftlich ökonomische Form, die sozialistische, die uneingeschränkt herrschende und einzig bestimmende Kraft in der gesamten Volkswirtschaft ist. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)« (Stalin 1934: 176) Dem Beifall, den er nach dieser Deklaration bekam, schloss sich abseits des Parteitags übrigens auch Preobreschanski an, in Anbetracht der geschaffenen Eigentumsverhältnisse und der Erfolge bei der Industrialisierung, womöglich aber auch aus Angst vor dem Terrorregime (dem er 1937 zum Opfer fiel). Er gratulierte Stalin öffentlich und gestand ein, dass die Parteilinke das Land zwar auch hatte industrialisieren wollen, Stalin aber derjenige gewesen sei, der auf die Kollektivierung als entscheidende Voraussetzung der Industrialisierung hingewiesen und auf sie gedrängt habe (vgl. Erlich 1961: 165). Trotzki äußerte sich aus dem Exil differenzierter bzw. widersprüchlicher; er lobt die Industrialisierung zwischen 1917 und 1935 als »Titanenwerk«, kritisierte jedoch das »Ungestüm« und die Vormachtstellung der stalinistischen Bürokratie, und grenzt sich dabei zugleich nochmals von der Parteirechten ab, die einst nur »Schneckentempo« gefordert habe (Trotzki 1936: 10, 36f. u. 178).

Der Zustand des Sozialismus unter Stalin war natürlich Hohn auf die Vorstellung, die sich Marx vom »Verein freier Menschen« gemacht hatte. Angesichts dessen, was der Kommunismus, wie er im Buche stand, zu sein versprochen hatte, war der Sozialismus, soweit er entstanden war, alles andere als zufriedenstellend. Auch Stalin gestand ein, dass die Larve noch kein Schmetterling war, und gelobte Besserung: »Der Staat wird absterben, aber die Gesellschaft wird bleiben. Folglich wird das allgemeine

Volkseigentum dann nicht mehr vom Staat übernommen werden, der absterben wird, sondern von der Gesellschaft selbst, vertreten durch ihr zentrales leitendes Wirtschaftsorgan.« (Stalin 1952: 238) Doch zum Absterben des Staates kam es ebenso wenig wie zur Transformation des Staatseigentums in gesellschaftliches Eigentum. Ob das dann an der privilegierten Bürokratie lag, die sich auf Kosten der Gesellschaft weidete (so die Kritik von Trotzki 1936), oder vielmehr daran, dass rationale Produktion und Distribution, wie sie Sozialisten und Kommunisten fordern, gar nicht ohne Bürokratie und Direktion zu haben sind, steht auf einem anderen Blatt.

P.S.: Dieser Text ist ein gekürzter Auszug aus meinem Buch *Verein freier Menschen? Idee und Realität kommunistischer Ökonomie*, das 2018 im Vlg. zu Klampen erscheinen wird. H.G.F.

Literatur

- Jörg Baberowski: Sozialistische Reformen? Die Sowjetunion in der Ära der Neuen Ökonomischen Politik, in: C. Boyer (Hg.): Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen, Vlg. Vittorio Klostermann, Frankfurt am Main 2007, S. 3-21.
- Paul Bairoch: Landwirtschaft und industrielle Revolution, in: C.M. Cipolla u.a. (Hg.): Die industrielle Revolution [1973], Vlg. Fischer, Stuttgart 1976, S. 297-332.
- Amadeo Bordiga: Dialog mit Stalin [1952], <http://alter-maulwurf.de/index.php/filo-del-tempo?start=20>.
- N.I. Bucharin u. E.A. Preobraschenski: Das ABC des Kommunismus [1919], Vlg. der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1921.
- Antonio Carlo: Politische und ökonomische Struktur der UdSSR. 1917-1975. Diktatur des Proletariats oder bürokratischer Kollektivismus? [1971], Vlg. Wagenbach, West-Berlin 1972.
- Tony Cliff: Staatskapitalismus in Russland [1955], Vlg. Sozialistische Arbeitergruppe, Frankfurt am Main 1975.
- Richard van Dülmen: Entstehung des neuzeitlichen Europas. 1550-1648, Fischer Taschenbuch Vlg. , Frankfurt am Main 1982.
- Friedrich Engels: Grundsätze des Kommunismus [1847], Marx-Engels-Werke (MEW), Vlg. Dietz, Ost-Berlin 1972, Bd. 4, S. 361-380.
- ders.: Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland [1894], MEW Bd. 22, S. 483-505.
- Alexander Erlich: Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924-1928 [1961], Europäische Verlagsanstalt Frankfurt u. Europa Vlg. Wien, Frankfurt am Main 1971.
- Jan-Georg Gerber: Arbeit, Terror und Vernichtung. Die Debatte über Konzentrationslager und den Gulag, in: *Bahamas* Nr. 74 (Herbst 2016).
- Heide Gerstenberger: Die subjektlose Gewalt. Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt [1990], Vlg. Westfälisches Dampfboot, Münster 2006.
- Peter Gey: Sozialismus und Industrialisierung, in: *Leviathan*, Jahrgang 1982 (Heft 3), S. 359-375.
- ders.: Die Theorie der »Einfachen Warenproduktion« und ihre agrarpolitische Bedeutung, in: T. Bergmann u.a. (Hg.): Sozialistische Agrarpolitik, Vlg. Bund, Köln 1984, S. 92-112.

- Rudolf Hilferding: Staatskapitalismus oder totalitäre Staatswirtschaft [1940], in: C. Stephan (Hg.): Zwischen den Stühlen, Vlg. Dietz Nachf. GmbH, Bonn 1982, S. 288-296.
- Internationale Kommunisten (Holland): Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung [1930], Vlg. Blankertz, West-Berlin 1970.
- Karl Kautsky: Die proletarische Revolution und ihr Programm, Berlin 1922.
- Jiří Kosta: Wirtschaftssysteme des realen Sozialismus, Vlg. Bund, Köln 1984.
- Robert Kurz: Die Herrschaft der toten Dinge, in: *Marxistische Kritik*, Jahrgang 1987 (Heft 2), S. 7-68.
- Lenin: Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907 [1908], Lenin Werke (LW), Vlg. Dietz, Ost-Berlin 1982, Bd. 13, S. 213-437.
- ders.: Ein Vergleich des Stolypinschen Agrarprogramms mit dem der Volkstümpler [1912], LW Bd. 18, S. 133-139.
- ders.: Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten? [1917], LW Bd. 26, S. 69-121.
- ders.: Referat über die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht [1918a], LW Bd. 27, S. 271-296.
- ders.: Grundthesen eines Dekrets über die Diktatur im Ernährungswesen [1918e], LW Bd. 27, S. 349-350.
- ders.: Referat über den Kampf gegen die Hungersnot [1918h], LW Bd. 27, S. 419-438.
- ders.: Über »linke« Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit [1918k], LW Bd. 27, S. 315-347.
- ders.: Staat und Revolution [1918r], LW Bd. 25, S. 393-507.
- ders.: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, [1918s], LW Bd. 27, S. 225-268.
- ders.: Telegramm über die Organisierung von Abteilungen für Lebensmittelbeschaffung [1918t], LW Bd. 27, S. 453-455.
- ders.: Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats [1919], LW Bd. 30, S. 91-101.
- ders.: Rede zur Genossenschaftsfrage [1920g], LW Bd. 30, S. 472-476.
- ders.: Der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus [1920k], LW Bd. 31, S. 1-91.
- ders.: Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare [1920v], LW Bd. 31, S. 483-515.
- ders.: Referat über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer [1921a], LW Bd. 32, S. 216-231.
- ders.: Über die Naturalsteuer [1921n], LW Bd. 32, S. 341-380.
- ders.: Direktive des Rats für Arbeit und Verteidigung an die örtlichen Sowjetinstitutionen. Entwurf [1921s], LW Bd. 32, S. 391-417.
- ders.: Über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften unter den Verhältnissen der Neuen ökonomischen Politik [1922], LW Bd. 33, S. 169-181.
- ders.: Über das Genossenschaftswesen [1923], LW Bd. 33, S. 453-461.
- Hermann Luerr: Kapitalismuskritik und die Frage nach der Alternative, Vlg. Monsenstein und Vannerdat, Münster 2013.
- Karl Marx: Das Kapital. Erster Band [1872k], Marx-Engels-Werke (MEW), Vlg. Dietz, Ost-Berlin 1972, Bd. 23.
- ders.: Über die Nationalisierung des Grund und Boden [1872n], MEW Bd. 18, S. 59-62.
- ders.: Entwürfe einer Antwort auf den Brief von V.I. Sassulitsch [1881], MEW Bd. 19, S. 384-406.
- ders.: Das Kapital. Zweiter Band [1885], MEW Bd. 24.

- ders.: Das Kapital. Dritter Band [1894], MEW Bd. 25.
- Alec Nove: An Economic History of the USSR. 1917-1991, Penguin Books, London 1992.
- Friedrich Pollock: Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917-1927 [1929], Vlg. Neue Kritik, Frankfurt am Main 1971.
- E. A. Preobraschenski: Die neue Ökonomik [1926], Vlg. Neuer Kurs, West-Berlin 1971.
- Stalin: Über die Revision des Agrarprogramms [1906], Stalin Werke (SW), <http://www.stalinwerke.de>, Bd. 1, S. 122-123.
- ders.: Über die Arbeiten des vereinigten Aprilplenums des ZK und der ZKK [1928a], Bd. 11, S. 22-39.
- ders.: Rede über die Industrialisierung und das Getreideproblem [1928g], SW Bd. 11, S. 83-100.
- ders.: Über die Getreidebeschaffung und die Entwicklungsperspektiven der Landwirtschaft, [1928e], SW Bd. 11, S. 8-12.
- ders.: Über die Industrialisierung des Landes und über die rechte Abweichung in der KpdSU(B) [1928i], SW Bd. 11, S. 131-152.
- ders.: An der Getreidefront [1928s], SW Bd. 11, S. 49-56.
- ders.: Über die Aufgabe der Wirtschaftler [1931], SW Bd. 13, S. 26-32.
- ders.: Rechenschaftsbericht an den XVII. Parteitag über die Arbeit des ZK [1934], SW Bd. 13, S. 164-211.
- ders.: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR [1952], SW Bd. 15, S. 195-242.
- Trotzki: Verratene Revolution [1936], Vlg. Mehring, Essen 2016.
- Christoph Türcke: Mehr! Philosophie des Geldes, Vlg. C.H.Beck, München 2015.